

Beschlussbuch
der
JuLis Aachen

Kreiskongress 2004.1 (08. Februar 2004)

Spitzenkandidat der Jungen Liberalen Aachen zur Kommunalwahl 2004

Die Jungen Liberalen Aachen nominieren Torsten Paßmann zu ihrem Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl 2004.

Neustart 2004 – für die neue FDP Aachen

In den vergangenen Jahren haben die FDP Aachen und die FDP im Rat der Stadt Aachen einige bemerkenswerte Erfolge erzielt, indem Themen nachhaltig besetzt und Projekte realisiert wurden. Doch einzelne Erfolge mit Leuchtturmcharakter verdecken nicht die vorhandenen Schwächen. Die Jungen Liberalen Aachen fordern den Kreisvorstand der FDP Aachen auf, diese Schwächen zu beseitigen, und auf vorhandenen Stärken aufzubauen, um erfolgreich die Europa-, Kommunal- und Landtagswahl bestreiten zu können.

Bürger treten in die FDP ein, um sich politisch für eine liberale Gesellschaft zu engagieren. Dazu muß die FDP ihnen die Möglichkeit geben. Zwei Instrumente bieten sich dazu an: 1. Die bereits existente Veranstaltungsreihe „DienSTalk“ muß so umgesetzt werden, daß ein greifbares Ergebnis erzielt wird, das über die Versammlung hinausstrahlt. 2. Der Kreisvorstand wird seiner Leitrolle gerecht und initiiert Projektgruppen und Arbeitskreise, die sich mit konkreten kommunalpolitischen Themen beschäftigen, der FDP im Rat der Stadt Aachen zuarbeiten und mit eigenen Aktionen Handlungsfähigkeit demonstrieren.

Öffentlichkeit ist ein wesentlicher Aspekt der Arbeit einer Partei. „Öffentlich“ sind die Straßen und Plätze Aachens, doch dort findet die FDP außerhalb von Wahlkampfzeiten nicht statt. Regelmäßige Informationsstände, auch in den Vororten, können die Bürger über die aktuelle Arbeit der FDP Aachen informieren. Aktionen können den Bürgern zeigen: „Seht her, die FDP tut was.“ Sprechstunden können den Bürgern signalisieren: „Die FDP hat ein offenes Ohr.“

„Öffentlich“ ist auch der Auftritt der FDP im Internet. Doch hier herrschte monatelang kommunalpolitischer Stillstand, obwohl das Medium sehr viel Potential in sich trägt. Der Kreis der aktiven Mitglieder kann deutlich ausgebaut werden, wenn alle Mitglieder die Chance haben, schnell und unkompliziert aktuelle Informationen, fundierte Positionspapiere sowie Berichte über die Arbeit der FDP Aachen und der FDP im Rat der Stadt Aachen zu erhalten. Gut gepflegte Seiten sprechen auch Interessenten und potentielle Unterstützer an.

Als Gremium sollte der Kreishauptausschuß wieder eingeführt werden. Mitglieder müssen auch zwischen Kreisparteitagen die Möglichkeit haben, Einfluß auf die Position der Partei nehmen zu können.

Wo ein entsprechendes Interesse an einem Themengebiet besteht, sollten Arbeitskreise eingerichtet werden, gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Kreisverbänden der Region. In den übrigen Fällen sollten die Mitglieder auf die

Landesfachausschüsse und insbesondere deren Möglichkeit, Gäste zuzulassen, hingewiesen werden.

Die inhaltliche Arbeit und die programmatische Basis der FDP Aachen-Stadt müssen insgesamt gestärkt werden. Dabei sind insbesondere in Hinblick auf die Kommunalwahl 2004 die Unterschiede gegenüber den anderen Parteien herauszuarbeiten.

Ein weiteres zwingend zu erreichendes Ziel in diesem Zusammenhang muß sein, jede Möglichkeit zu nutzen, den auf der Kreiswahlversammlung als Spitzenkandidaten zur Kommunalwahl gewählten Wilhelm Helg positiv in die Öffentlichkeit zu bringen. Es vordringlich Aufgabe des Kreisvorstandes, gemeinsam mit Wilhelm Helg jede erdenkbare Lösung zu sondieren, den Spitzenkandidaten zu präsentieren bzw. ihm die Möglichkeit zur Profilierung zu bieten.

Oberste Ziele müssen sein, die Partei zu stärken und das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen. Die Jungen Liberalen sind fest davon überzeugt: Mit den notwendigen internen Kurskorrekturen wird es der FDP Aachen gelingen, sich als feste politische Größe, die maßgeblich die Geschicke der Stadt mitlenken kann, zu etablieren. Die Jungen Liberalen Aachen werden intensiv daran mitwirken, diese Ziele zu erreichen.

Umdenken in der Graffitipolitik

Die Stadt Aachen setzt in den letzten Jahren verstärkt auf repressive Maßnahmen, um die illegalen Graffitis einzudämmen. Die Aktion „Sauberes Aachen“ setzt hierbei auf eine der Kölner-Anti-Spray-Aktion (KASA) ähnliche plakative Kriminalisierung der Sprayer. Jede Auseinandersetzung mit den Jugendlichen, ihren Motiven, Vorstellungen, aber auch mit den Folgen der Kriminalisierung und den zivilrechtlichen Konsequenzen findet nicht statt. Ausnahme ist die Verteilung von KASA-Schirmmützen (Beispiel Köln) an Grundschüler, die dadurch von einem späteren Interesse an Graffiti abgehalten werden sollen.

Tatsächlich entfaltet die diskriminierende Werbung der KASA eine paradoxe pädagogische Wirkung: Anstatt Jugendliche vom Sprayen abzuhalten, wird vielmehr diese Form der Freizeitbeschäftigung beworben. Illegales Malen erscheint in den Augen der 13-15jährigen als cool und rebellisch. Kurz: als etwas, das man unbedingt ausprobieren sollte.

Die Stadt Würselen hat auf Grund dieser Feststellung im letzten Jahr ein Pilotprojekt initiiert, wobei eine Fläche für Sprayer freigegeben wurde und die plakative Kriminalisierung ausgesetzt wurde.

Die Jungen Liberalen Aachen wünschen nun ebenfalls eine Auseinandersetzung mit Sprayern, um kontraproduktive Effekte durch die bloße Kriminalisierung dieser Jugendlichen zu verhindern und um eine legale Alternative für diese Kunst zu bieten. Gleichzeitig lehnen die Jungen Liberalen Aachen jede Form des illegalen Sprayens ab.

Die Jungen Liberalen Aachen fordern die FDP im Rat der Stadt Aachen auf, sich mit diesem Pilotprojekt auseinander zusetzen und sich ebenfalls für ein solches Projekt für das Stadtgebiet Aachen einzusetzen.

Lebensqualität erhalten

Für viele Jugendliche und Junggebliebene sind die Aachener Parks in den Sommermonaten ein wesentliches Element der Freizeitgestaltung. Die sogenannten "weichen Standortfaktoren", die an anderer Stelle mit Millionensubventionen für kulturelle Spartenangebote erreicht werden sollen, sind hier praktisch kostenfrei und ohne soziale Ausschlüsse vorhanden.

Die Jungen Liberalen Aachen fordern daher den Stadtrat auf, nicht auch noch in diesem Bereich in eine vorausseilende Regelungswut zu verfallen, die die Lebensqualität vieler Aachener Jugendlicher und Junggebliebener herabsetzen würde. Die bestehenden Vorschriften reichen mehr als aus. Grillen darf kein Privileg von Hausbesitzern werden.

Die Stadtverwaltung sollte statt dessen - wo es Beschwerden von Anwohnern gibt - verstärkt auf die Kräfte des Ordnungsamtes hinweisen, das in den Parks auf ein soziales Miteinander hinwirken und in Einzelfällen "Störenfriede" (gegebenenfalls kostenpflichtig) verwarnen soll.

Die Hundesteuer ist überholt!

Kommunen können die Höhe der Hundesteuer frei gestalten. Auch Aachen steht in der Phalanx der Städte, die mit einer irrwitzigen Steuer und einer willkürlichen Staffelung im Kern sittenwidrige Einnahmeerlöse erzielen wollen. So kostet Aachener Bürger die Haltung eines Hundes, der nicht in die Kategorie „gefährlicher Hunde oder Hunde bestimmter Rassen ab einem Alter von 6 Monaten“ fällt, 90 Euro. Schon die Haltung eines zweiten Hundes treibt die Steuerlast auf 240 Euro (120 €/Hund). Ab drei Hunde aufwärts beträgt die steuerliche Belastung 144 Euro pro Hund (432 € bei drei Hunden).

Es war der Stadt Aachen bisher nicht möglich, dieses Treiben mit einer nachvollziehbaren Begründung zu rechtfertigen.

Die Jungen Liberalen fordern die FDP im Rat der Stadt Aachen auf, der kommunalen Selbstbedienung ein Ende zu setzen, und noch vor der Kommunalwahl die Abschaffung der Hundesteuer einzuleiten. Von Aachen soll ein deutliches Signal ausgehen: Die Hundesteuer ist überholt!

Gelbe Tonnen

Nicht erst seit der Beauftragung der Gemeinnützigen Altstoff-Verwertung (GAV) mit der Abholung des Verpackungsmülls stellen herumfliegende und -liegende Gelbe Säcke eine Verschandelung des Aachener Stadtbildes dar.

Zurecht geht die Stadtverwaltung mit "Roten Karten" gegen Mitbürger vor, die unsere Stadt in dem wahrsten Sinne des Wortes "zumüllen". Doch diese Anstrengungen gegen Zigarettenkippen oder Hundekot wirken wie ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn sich unmittelbar daneben vollkommen legal Müllsäcke stapeln.

Daher fordern die Jungen Liberalen Aachen Stadtrat und -verwaltung auf zu prüfen, inwieweit man die Straßensammlung von Müll in Säcken auf der Grundlage bestehender oder zu erlassender Satzungen verbieten kann. Ziel muß es sein, daß das Duale System Deutschland (DSD) seinen Müll in Zukunft in Gelben Tonnen oder ähnlich stabilen Gefäßen sammelt, wie dies in vielen anderen Städten bereits geschieht.

Kreiskongress 2004.2 (07. Juni 2004)

Keine Videoüberwachung öffentlicher Plätze

Die Jungen Liberalen Aachen lehnen jede Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen ab. Statt billige Placebos zu verabreichen, muss die Stadt Aachen die Sicherheit substantiell erhöhen.

Kulturelle Vielfalt – für ein lebendiges Aachen

Das städtische Theater Aachen ist nicht nur architektonisch ein Wahrzeichen Aachens, sondern wirkt auch mit seinem Programm als kultureller Leuchtturm. Die Stadt Aachen darf aus vielfältigen Gründen nicht darauf verzichten, das Theater weiterhin mit sogenannten „freiwilligen Leistungen“ zu unterstützen.

Doch so wie ein Leuchtturm eben weit herausstrahlt, fällt in direkter Nähe kaum Licht ab. Das Theater absorbiert einen Großteil der freien Ressourcen des städtischen Haushalts, für kleinere Theater, freie Initiativen und alternative Kunst ist wenig bis gar kein Geld übrig. Bei weiterem Fortschreiten dieser Entwicklung züchtet sich die Stadt Aachen eine ungesunde Monokultur an, die sich einzig auf das Stadttheater beschränkt.

Dieser Entwicklung muss jetzt Einhalt geboten werden: Für kulturelle Vielfalt, für ein lebendiges und lebenswertes Aachen.

Die Jungen Liberalen Aachen fordern daher die Stadt Aachen auf, die Etats für gesellschaftliches Leben sowie Kunst abseits des Theaters großzügig aufzustocken. Die entsprechenden finanziellen Mittel sollen aus dem „Theatertopf“ in einen allgemeinen „Kunsttopf“ sowie zu Vereinen und Verbänden verschoben werden.

Dieser Weg ist nur mit ernsthaften Reformen zu beschreiten, die aber das Profil des Theaters stärken und den Standort langfristig sichern. Die vom Kulturausschuss beschlossene unter Dr. Paul Esterhazy durchgeführte Rückkehr zum Ensemble- und Repertoiretheater muss rückgängig gemacht werden, als alleinige Sparte des Theaters darf das profilierte Musiktheater bestehen bleiben. Die entstehenden Lücken sind durch Gastspiele zu ersetzen.

Aachen muß eine klare Botschaft aussenden: Wir stehen auch in schweren Zeiten zu Kunst, Kultur und gesellschaftlichem Leben.

Wählbar ab 16

Die Jungen Liberalen Aachen fordern, Jungwählern zwischen 16 und 18 Jahren neben dem aktiven Wahlrecht bei den Kommunalwahlen in NRW auch das passive Wahlrecht zu ermöglichen.

Schulklima durch Einführung eines Counselors verbessern

Die Jungen Liberalen Aachen fordern, dass zur Vorbeugung von Gewalt an Schulen und zur Verbesserung der beruflichen Beratung der Schüler an Gymnasien, Real- und Hauptschulen der Stadt Aachen die Stelle eines Counselors geschaffen wird. Zur Aufgabe des Counselors soll die Beratung von Schülern zählen, und zwar sowohl bei persönlichen Problemen als auch bei der Fächer- und Berufswahl. Im Gegensatz zu den Lehrern sollte der Counselor nicht als Autoritätsperson gegenüber den Schülern auftreten, sondern zu Ihnen idealerweise ein freundschaftliches Verhältnis aufbauen.

Von der Qualifikation her sollte der Counselor über eine abgeschlossene Ausbildung im Bereich (Sozial-) Pädagogik und/oder Psychologie verfügen.

Stoppt die Wildpinkler!

Die Jungen Liberalen fordern die Schaffung von öffentlichen Urinalen in der Pontstraße, im Westpark und ggf. an weiteren öffentlichen Plätzen.

Welcome to Aachen

Die Jungen Liberalen Aachen fordern, dass die Ausländerbehörde der Stadt Aachen zukünftig bestimmte Bereiche besser auf die Bedürfnisse der RWTH Aachen abstimmt. Das Ziel sollte dabei sein, neu ankommenden Wissenschaftlern und Studierenden aus dem Ausland einen flexiblen und unbürokratischen Einstieg in Deutschland zu ermöglichen. Dabei sollte man eine serviceorientierte Arbeitsweise der Verwaltung bei Genehmigungen und Visa schaffen, was etwa durch einen universitätsnahen Service der Ausländerbehörde möglich wäre.

Sanierung & Erweiterung des Tivoli

Der Tivoli ist seit 1908 der Innbegriff für Fußball in Aachen. Das dort stehende Stadion wurde 1928 eröffnet und 1957 modernisiert – das ist nun fast 50 Jahre her. Eines der traditionsreichsten Stadien Deutschlands ist heute vollkommen abgewirtschaftet. Alemannia und Aachen brauchen den Neubau eines Stadions am Tivoli.

Ein größerer und modernerer Sportplatz könnte mehr Zuschauer fassen und deren gestiegenen Ansprüchen entsprechen. Mehr Sitzplätze, neue sanitäre Einrichtungen, integrierte Wurst- & Bierbuden und nicht zu letzt eine Verbesserung der Sicherheit von Spielern und Fans würden die Qualität des überalterten Stadions heben. Dazu würde eine Kapazitätserweiterung auf 30.000 Zuschauer den Fußballtempel in einen Ort großartiger Stimmungen und gesellschaftlicher Highlights verwandeln. Auch ein sportliches Weiterkommen der Mannschaft von Alemannia Aachen ist eng mit einem Tivoli-Umbau verbunden.

ASEAG-Abfahrzeiten vom Aachener Hauptbahnhof verlängern

Die Jungen Liberalen Aachen fordern die Aachener Verkehrsbetriebe auf, die Abfahrzeiten der Busse vom Aachener Hauptbahnhof zu verlängern und besser auf die Ankunftszeiten der Regionalzüge der Deutschen Bahn abzustimmen. So sollen werktags und am Wochenende die Buslinien 3 bzw. 13 am Hauptbahnhof bis mindestens 1:15 Uhr (Ankunft des letzten Regionalexpresses aus Köln) halbstündlich abfahren.

UEFA-Cup-Spiele

In der Satzung der UEFA ist festgelegt, dass jeder im Wettbewerb teilnehmende Verein, der aus irgendwelchen Gründen nicht in dem heimischen Stadion spielen kann, in ein Ausweichstadion im eigenen Land ausweichen muss. Die UEFA verbietet ein Ausweichstadion, in einem anderen Land zu nutzen.

Da Europa momentan sehr stark zusammen wächst, halten die Jungen Liberalen diesen Satzungspunkt für überholt und erbitten, diesen zu streichen oder so zu verändern, dass ein Ausweichen auf ein ausländisches Stadion nicht mehr gänzlich unmöglich ist.

Beschlüsse des Kreisvorstandes (19. September 2004)

eLaVo-Vertreter für den Bezirk Aachen

Die JuLis Aachen fordern die Einführung des ‚Kölner Modells‘ mit einem eLaVo-Vertreter (erweiterter Landesvorstand) statt eines gesamten Bezirksvorstands im Bezirksverband Aachen. Der entsprechende Satzungsänderungsantrag soll auf Basis der Satzung des BV Köln rechtzeitig zum kommenden Bezirkskongress gestellt werden.

Alemannia soll aufsteigen

„Die JuLis Aachen fordern den örtlichen Zweitliga-Fußballverein Alemannia Aachen auf, in der laufenden Saison 2004/05 endlich in die Erste Fußballbundesliga aufzusteigen.“

Kreiskongress 2004.2 (09. Dezember 2004):

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Ausweitung des Bildungswesens auf Kindergärten

Die JuLis Aachen fordern, dass der Bildung in den Kindergärten ab dem 4. Lebensjahr bis zum Beginn der Grundschule eine viel größere Bedeutung als bisher beigemessen wird. Im Kindesalter werden die Grundlagen für ein mündiges und erfolgreiches Leben gelegt. Aufgabe des Bildungswesens kann es nicht nur sein, Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln sondern es sollten auch zusätzlich noch Erziehungsaufgaben wahrgenommen und einfachste gesellschaftliche Fähigkeiten vermittelt werden.

Dies ist nicht mehr in den Grundschulen allein erreichbar. Mit der Ausweitung der Aufgaben muss auch eine Ausweitung des Bildungswesens einhergehen. Insbesondere muss es schon für Kinder ab dem 4. und nicht erst ab dem 7. Lebensjahr wie bisher zuständig sein. Daher muss die Organisationsstruktur der Kindergärten langfristig an die der Schulen angeglichen werden. Die wesentlichen Punkte dabei sind:

- Einführung einer Unterrichtspflicht für die Kindergärten.
- Der Staat hat die Pflicht, jedem Kind ab dem 4. Lebensjahr bis zum Beginn der Grundschule einen kostenlosen Kindergarten-Platz zu garantieren.
- Kindergärten in privater Trägerschaft sind erwünscht und sollen gefördert werden, ebenso wie Grundschulen und weiterführende Schulen in privater Trägerschaft. Nur wo es keine privaten Einrichtungen gibt, muss der Staat die Versorgung mit Kindergärten sichern.
- Der „Unterricht“ in den Kindergärten muss natürlich altersgerecht sein und sich von dem Unterricht in Schulen unterscheiden. Aber es muss ein Minimal-Bildungsziel geben, und die Erzieher müssen nicht nur die Aufsichtspflicht, sondern auch einen Lehrauftrag haben.
- Die Ausbildung der Erzieher muss den erweiterten Aufgaben der Kindergärten angepasst werden.

Zusätzlich zu dem Pflichtunterricht am Vormittag sollen die Kindergärten nachmittags Förderunterricht anbieten. Insbesondere gehört dazu Sprachunterricht für Kinder mit Migrationshintergrund, es können aber auch Kunst-, Musik- oder Sportangebote, eine Projektarbeit oder ähnliches realisiert werden. Gerade mit dem Nachmittagsunterricht können sich die Kindergärten ein eigenes Profil zulegen und mit anderen Kindergärten konkurrieren.

Begründung:

Unser Bildungswesen stammt aus dem 19. Jahrhundert. Damals hatte die Familie eine viel größere Bedeutung als heute. Das staatliche Bildungswesen übernahm nur die Aufgaben, die eine Familie nicht leisten konnte, nämlich die intellektuelle Ausbildung. Diese war auf den Vormittag beschränkt, da die Kinder nachmittags in ihrer Familie gut aufgehoben waren oder dort sogar gebraucht wurden.

Dies hat sich grundlegend geändert. Viele Frauen gehen heute arbeiten und noch mehr würden es tun, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Wirtschaftspolitisch ist eine höhere Frauenerwerbsquote erwünscht.

Außerdem zeigen Umfragen, dass sich mehr Frauen zu einem Kind entscheiden würden, wenn Familie und Beruf besser vereinbar wären. Aufgrund unserer demografischen Probleme wäre eine höhere Geburtenrate von Vorteil. Um unsere Gesellschaftsstruktur und unseren Wohlstand zu erhalten, brauchen wir wieder mehr Kinder.

Um diese Probleme zu lösen, muss die Allgemeinheit mehr Aufgaben im Bildungsbereich im Kindergartenalter übernehmen. Das bedeutet nicht, dass die Kindergärten in das jetzige Schulsystem hineingezwängt werden sollen. Eine Ausweitung des Bildungswesens

auf die Kindergärten ist sowohl gesellschaftspolitisch als auch wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Die Konzepte der anderen Parteien sind mutlos und greifen zu kurz. Um dem gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte Rechnung zu tragen, braucht es eine Strukturreform anstatt Lippenbekenntnissen und kurzfristiger Finanzspritzen.

Mit der Ausweitung des Bildungswesens auf die Kindergärten würde überdies noch viel mehr erreicht als nur eine Lösung des Betreuungsproblems. Durch die auf die Kindergärten ausgeweitete Schulpflicht wird verhindert, dass Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen schon in dieser frühen Bildungsphase Nachteile haben. Die Pisa-Studie hat leider feststellen müssen, dass dies bisher der Fall ist. Außerdem hilft der Sprachförderunterricht am Nachmittag, Kinder mit Migrationshintergrund so früh wie möglich zu integrieren.

Schon seit langem haben die FDP und die JuLis den Leitsatz: „Chancengleichheit am Anfang statt Ergebnisgleichheit am Ziel“. Die Ausweitung des Bildungswesens trägt dazu bei, die geforderte Chancengleichheit am Anfang zu verwirklichen.

Die Finanzierung einer Ausweitung des Bildungswesens auf die Kindergärten stellt natürlich eine Herausforderung dar. Aber den Kosten stehen nicht nur bildungspolitische Ziele gegenüber, sondern auch handfeste finanzielle Argumente.

Eine höhere Frauenerwerbsquote führt zu mehr Steuereinnahmen und zu einer Entlastung der sozialen Sicherungssysteme. Langfristig trägt eine höhere Geburtenquote zur Stabilisierung der Staatfinanzen bei, da Kinder die Steuern- und Beitragszahler von morgen sind. Außerdem werden durch eine bessere Betreuung und Bildung von Kindern die Kosten für spätere Sozialmaßnahmen sinken, die oft die Folge von Versäumnissen im Kindesalter sind. Es ist besser, das Geld an der Wurzel des Problems anzulegen anstatt an den Symptomen herumzudoktern.

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Rechtschreibreform reformieren

Der Argumente sind genug ausgetauscht, die Rechtschreibreform in ihrer aktuellen Form vergeht sich, trotz einiger tatsächlich lobenswerter Verbesserungen, nachweislich an der deutschen Sprache und ignoriert in vielen Fällen den tatsächlichen Wortstamm bzw. verdreht den Bedeutungsursprung durch „Anpassung“. Die Grammatik in ihrer Gesamtheit wurde durch die neuen Regelungen nicht vereinfacht, vielmehr haben die zahlreichen Ausnahmen und Sonderregelungen den korrekten Gebrauch erschwert. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Die Jungen Liberalen Aachen fordern daher alle vernunftbegabten Menschen in den deutschen Parlamenten und Ministerien auf, sich mit allen ihnen verfügbaren Mitteln 1.) für ein Ende des bürokratischen Irrsinns und 2.) für eine Reform, die diesen Namen auch verdient (das Gute bewahren und das Schlechte verbessern), einzusetzen. Vielleicht sollten zukünftig Germanisten und Sprachwissenschaftler statt Ministerialbeamter eine solch verantwortungsbewußte Aufgabe übernehmen – nur so als Vorschlag...

Begründung:

erfolgt ggf. mündlich

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Zeitgemäßer Umgang mit Rausch- und Genußmitteln

Die Jungen Liberalen fordern einen zeitgemäßen Umgang des Gesetzgebers mit Rausch- und Genußmitteln. Der Gebrauch von Haschisch und Marihuana ist in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern, längst gesellschaftliche Normalität. Obwohl die Gesetzeslage bei Drogen von ähnlichem Schädlichkeitspotenzial wie Alkohol oder Nikotin sogar Jugendlichen unter 18 Jahren einen weitgehend unbeschränkten Zugang ermöglicht, weigern sich die sogenannten Volksparteien die Realität hinsichtlich anderer Genußmittel zu akzeptieren.

Die wirkliche Gefahr von Haschisch und Marihuana liegt im Moment darin, daß man mit Dealern in Kontakt kommt, die in der anderen Hosentasche auch Heroin oder LSD haben. Gerade durch die Kriminalisierung wird somit der Wechsel zu harten Drogen gefördert.

Im ersten Schritt müssen Haschisch und Marihuana zu therapeutischen Zwecken („auf Rezept“) legalisiert werden. Gerade für chronisch Kranke bieten die Wirkstoffe der beiden genannten Genußmittel natürliche Linderung vieler Leiden.

Im zweiten Schritt müssen Haschisch und Marihuana vollständig legalisiert werden und für Personen über 18 Jahre an zugelassenen Stellen erwerbbar sein. Eine Abgabe sollte nur in Verbindung mit rigiden Ausweiskontrollen erfolgen. Auch der private Anbau von Haschpflanzen soll legal sein – für den Erwerb der Samen sollen die gleichen Regeln gelten wie beim Erwerb der getrockneten Blätter. Selbstverständlich sollen auf Haschisch und Marihuana ebenso Steuern erhoben werden wie auf alle bisher legalen Rauschmittel.

Parallel dazu muss die Aufklärung über die Gefahren von weichen Drogen (Hasch, Alkohol, Nikotin), aber vor allem von harten Drogen (Ecstasy, LSD, Heroin, ...) verstärkt werden. Besonders der immer größer werdende Markt von chemischen Drogen in Diskotheken und anderen Bereichen in denen Jugendliche verkehren, stellt eine Gefahr für die Gesellschaft dar. Gegen die Dealer und Drogenbanden muss härter durchgegriffen werden, besonders weil diese ihren Gewinn immer häufiger mit dem Verkauf harter Drogen an Minderjährige bestreiten.

Begründung:

erfolgt ggf. Mündlich

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Wider Künasts dicke Kinder – für Fuß- und Basketballkäfige

Die Jungen Liberalen Aachen fordern den flächen-deckenden Aufbau öffentlich zugänglicher Fuß- und Basketballkäfige. Nicht die biologisch nachhaltige Ernährung durch gewaltfrei angepflanzte Sojabohnen behebt das Problem der dicken Kinder von Bundesland-wirtschaftsministerin Renate Künast, vielmehr sind Sportangebote für Jugendliche, die durch Sportvereine nicht erreicht werden, der Schlüssel zum Erfolg.

Begründung:

Nicht erst seit kurzem beobachten Wissenschaftler einen Zuwachs Übergewichtiger Kinder und Jugendlicher. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken sollten bereits bestehende Möglichkeiten besser publiziert werden (Aushang an den Schwarzen Brettern der Schulen und Universitäten) und der Bedarf neuer Sportplätze bzw. -käfige überprüft werden.

Vielerorts (in Aachen z.B. in Laurensberg) gibt es zwar „Bolzplätze“, an denen sich Jugendliche zum Fußball treffen können, jedoch fliegt immer mal wieder ein Ball auf die Straße und gefährdet in der Folge sowohl spielende Kinder als auch Autofahrer. Entweder sollten betroffene Plätze durch Käfige ersetzt werden, oder aber Hecken, Bäume oder Zäune die Straßen von den Plätzen trennen.

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Auch Väter haben Rechte

Die Jungen Liberalen Aachen sprechen sich klar gegen die Entwürfe von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries aus, mit einem neuen Gentestgesetz heimliche Gentests von zweifelnden Vätern zu verbieten.

Das Recht auf „informationelle Datenhoheit“ von Mutter und vor allem Kind wird in diesem speziellen Fall in keiner Weise berührt. Anders als die Mutter kann sich der Vater nie der Urheberschaft sicher sein – bestehen Zweifel, ist der heimliche Gentest bei positivem Ausgang, d.h. Bestätigung der Vaterschaft, ein wirkungsvolles Instrument eine Ehe nicht zu zerstören. In jedem Fall negativ wirkt dagegen das, sofern es nach den Ministerinnen geht, einzig verbleibende Instrument für zweifelnde Väter, die Ehen nachhaltig zerrüttende, langwierige und aufwendige gerichtliche Vaterschaftsanfechtung.

Es ist richtig, im Sinne der informationellen Selbstbestimmung gesetzliche Regelungen zu schaffen – deshalb sind zum Vaterschaftsnachweis nur direkt Betroffene berechtigt. Eine zusätzliche Zustimmung der Mütter zu einem solchen Test lehnen die Jungen Liberalen ab, weil es, juristisch völlig absurd, ausgerechnet den Beschuldigten ein Vetorecht einräumt.

Mit ihren Plänen unterwandern die Ministerinnen, insbesondere bei Justizministerin Zypries ein abstoßender Vorgang, das Strafgesetzbuch, das unter Paragraph 169 „Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe“ für diejenige Person vorsieht, die ein Kind „unterschiebt“ oder es versucht. Sollte dieser Gesetzesentwurf Realität werden, machen sich die Ministerinnen zu potentiellen Mittätern in vielen tausend Fällen.

Begründung:

erfolgt ggf. mündlich

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Copy is right!

Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen die vollständige Entmündigung von Konsumenten durch die Unterhaltungs-industrie und ihrer Lobbyverbände aus. Wer physische Datenträger, beispielsweise mit Musik bespielte Compact Discs oder Softwareprogramme, erwirbt, muß das Recht haben, diese rechtmäßig erworbenen Produkte auch ohne Internetverbindung nutzen zu können, Sicherungskopien zu erstellen, sowie die physischen Datenträger zu einem beliebigen Zeitpunkt einem anderen Menschen zu schenken/verkaufen, ohne daß der Gebrauch unmöglich geworden ist.

In diesem Sinne sind beispielsweise GEMA-Gebühren (die explizit eine Gebühr für Vervielfältigung darstellen) auf Personal-Computer, einzeln erwerbbar Komponenten wie CD-/DVD-Brenner sowie CD-/DVD-Rohlinge ein schlechter Witz aus Deutsch-Absurdistan, wenn Kopierschutzmechanismen und die aktuelle Gesetzeslage die Vervielfältigung von Datenträgern (durch den DAU, aber nicht den „Hacker“) verhindern.

Mit ihrem Marketinggetöse um den irreführenden Begriff „Raubkopie“ sowie mit unbelegbaren Horrorzahlen zum Verhältnis kopierte Musik – verkaufte Musik (Stand November 2004 laut Gerd Gebhardt, Vorsitzender der deutschen Phonoverbände: 4 zu 1) versuchen Unterhaltungsindustrie und Lobbyverbände vom eigenen Versagen abzulenken und bemühen sich, den Gesetzgeber vor den selbst in den Dreck gefahrenen Karren zu spannen.

Die Jungen Liberalen Aachen fordern daher die weitgehende Rücknahme des „Ersten Korbs“ der Novellierung des Urheberrechts sowie den Verzicht auf den „Zweiten Korb“, der noch intensiver als der erste die Belange der Nutzer außer Acht läßt.

Begründung:

erfolgt ggf. mündlich

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Zwei Nummernschilder für motorisierte Zweiräder

Um Einsicht für umsichtiges Verhalten aller motorisierten Verkehrsteilnehmer zu fördern, fordern die Jungen Liberalen die Einführung eines zweiten, vorne anzubringenden Nummernschildes an motorisierten Zweirädern.

Begründung:

erfolgt ggf. Mündlich

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Errichtung von Fahrradspuren

Die Jungen Liberalen fordern die FDP im Rat der Stadt Aachen auf sich nach Überprüfung des Bedarfs vor Ort für die Errichtung von Fahrradspuren auf den Straßen die zu Schulen und Universitätsgebäuden führen, sowie auf Straßen in der Innenstadt einzusetzen.

Begründung:

Derzeit ist der Verkehr auf den Straßen in der Nähe der Universitätsgebäude und an Schulen besonders bei Berufsverkehr überlastet. Gerade an Schulen (z.B.: Kaiser Karls Gymnasium, Anne Frank Gymnasium, die Grundschule in Laurensberg etc.) an denen Kinder und junge Jugendliche nicht dem hoch frequentierten Straßenverkehr angemessen fahren und Unachtsam sein können ist die Gefährdung offensichtlich.

Fahrradspuren würden den Verkehr entlasten und unachtsame Autofahrer von gefährlichen Fahrmanövern abhalten.

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Ansage von Haltestellen in den Aachener Bussen

Die Jungen Liberalen fordern die Unternehmen des ÖPNV in und um Aachen auf, jede Haltestelle unmittelbar vor dem Erreichen per Durchsage anzukündigen.

Begründung:

Besonders Blinde und Menschen mit Sehbehinderungen sind auf eine Durchsage der Haltestellen in den Bussen angewiesen.

Bislang werden nur in seltenen, einzelnen Fällen die Haltestellen angesagt. Auch Touristen würden sich über diesen zusätzlichen, in anderen Städten (Düsseldorf, Köln und viele andere) bereits selbstverständlichen Service freuen.

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Wechsel der Ampelphasen in der Aachener Innenstadt

Die JuLis fordern, das Vorankommen für Fußgänger, Radfahrer und KFZ in der Aachener Innenstadt durch die 3-Phasen-Ampelschaltung nicht weiter zu behindern sondern durch einen Wechsel zur 2-Phasen-Ampelschaltung maßgeblich zu beschleunigen.

Die Momentansituation ist, daß viele Ampeln in der Innenstadt über 3 Phasen geschaltet sind. In Phase 1 haben die Fahrzeuge einer Richtung grün, in Phase 2 die Fahrzeuge der abzweigenden/kreuzenden Richtung und in Phase 3 bekommen die Fußgänger ein Rundumgrün. Der Vorteil besteht darin, daß Fußgänger quer über die Straße laufen können; der Nachteil hingegen, daß die Wartezeiten für alle Beteiligten steigen.

Bei einer Schaltung in 2 Phasen erhalten die Fahrzeuge der kreuzenden Richtungen abwechselnd grün (also Phase 1 in x-Richtung und Phase 2 in y-Richtung). Hierbei bekommen Fußgänger fahrtrichtungsparallel grün. Der markante Vorteil ist die Einsparung einer Ampelphase und somit die bessere Abwicklung des Verkehrs - und das nicht nur für Autos, Busse und Fahrräder sondern eben auch für den Großteil der Fußgänger. Eine Einschränkung besteht lediglich in der diagonalen Überquerung einer Kreuzung, die jedoch durch den nächsten Phasenwechsel direkt "nachgeholt" werden kann.

Die 2-Phasen-Ampelschaltung erleichtert somit die verkehrliche Abwicklung in der Aachener Innenstadt.

Begründung:

erfolgt ggf. mündlich

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Die Gedanken müssen frei bleiben - für eine innovative Wirtschaft in Europa

Die Jungen Liberalen lehnen Patente auf Software grundsätzlich ab. In einer freien Welt dürfen Ideen, nichts anderes stellt Software letztlich dar, nicht durch Patentämter geschützt werden. Softwarepatente dienen nicht dem Schutz einer Idee, sondern als Waffe gegen Mitbewerber. In diesem Sinne behindern sie Innovation und fördern den kreativen Stillstand.

Sollte das Europäische Parlament eines Tages Patente auf Software ermöglichen, würden tausende, vom Europäischen Patentamt ohne Rechtsgrundlage und vorrangig an us-amerikanische Konzerne erteilte, Patente legalisiert und den europäischen Mittelstand zu Lizenzzahlern degradieren.

Die Hersteller von Softwareprodukten genießen bereits ausreichenden Schutz durch das Copyrightgesetz. Europäische Unternehmen, vom Kleinunternehmen bis zum multinationalen Konzern, können ausschließlich auf gleicher Augenhöhe mit Unternehmen aus den USA konkurrieren, wenn Patente auf Ideen wie Fortschrittsbalken oder Karteireiter weiterhin verboten bleiben.

Begründung:

Geschäftsmethoden und Algorithmen, also Ideen und Logik, sind nicht patentwürdig. Sollten eines Tages Patente auf Ideen in Europa legal sein, haben us-amerikanische Firmen einen fast unschlagbaren Wettbewerbsvorteil gegenüber europäische Firmen: über 30.000 Software-Patente, die das Europäische Patentamt überwiegend amerikanischen Firmen erteilt hat, wären dann legalisiert. Das degradiert nahezu den gesamten europäischen Mittelstand zu Lizenzzahlern oder drängt ihn ganz aus dem Geschäft. Unternehmen müssten außerdem befürchten, durch sogenannte U-Boot-Patente urplötzlich riesige Summen an Lizenzen zu zahlen.

Ferner wäre in diesem Fall die Entwicklung so genannter Freier Software massiv behindert wenn nicht gar unmöglich gemacht. Wer sich keine Patentanwälte leisten kann, kann sich in einer solchen Welt auch nicht die Entwicklung von Software leisten.

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Open Source für Aachens Behörden

Die JuLis Aachen fordern die flächendeckende Einführung von Open Source Programmen in allen Aachener Behörden bzw. an allen Arbeitsplätzen, die auf Spezialsoftware für „Windows-Rechner“ verzichten können.

Langfristig stellen dabei nicht nur die Kostenersparnisse bei einem Umstieg einen gewichtigen Vorteil dar, auch die Sicherheit lässt sich signifikant steigern und die Softwarelandschaft der Aachener Behörden lässt sich flexibler an die jeweiligen Bedürfnisse anpassen.

Begründung:

erfolgt ggf. mündlich

Der Kreiskongreß möge beschließen:

Generationengerechtigkeit in Aachen

Die Jungen Liberalen des Kreisverbandes Aachen-Stadt fordern die Fraktion der FDP im Rat der Stadt Aachen auf, sich weiterhin und nachdrücklich dafür einzusetzen, daß die Stadt Aachen keine weiteren Schulden durch prestigeträchtige Bauvorhaben ansammelt.

Begründung:

Wie die meisten deutschen Städte, ist auch Aachen hoch verschuldet. Nichtsdestotrotz scheint es in Aachen Bestrebungen zu geben, für prestigeträchtige Bauvorhaben zusätzliche Gelder auszugeben.

So plant beispielsweise der Bürgermeister der Stadt Aachen, sich durch einen Neubau am Katschhof, das Bauhaus Europa, zu verewigen. Auch sportliche Aushängeschild TSV Alemannia Aachen wird über kurz oder lang ein neues Stadium benötigen. Eine Zustimmung zu solchen Bauvorhaben ist nicht verantwortbar, solange die Finanzierung ungeklärt ist und eine zusätzliche Verschuldung der Stadt Aachen nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Der Kreiskongreß möge beschließen:

Echte Familien sitzen an einem Tisch

Im Sinne der liberalen Sache, für die wir uns alle aktiv einsetzen, fordern die Jungen Liberalen Aachen die Bündelung aller liberalen Kompetenz in einem Gremium, damit nachhaltig liberale Ideen und Ziele in alle Teile der Gesellschaft getragen werden.

Die Jungen Liberalen Aachen legen der FDP Aachen nahe, die liberalen Vorfeldorganisationen stärker als bisher einzubinden und die amtierenden Vorsitzenden mindestens für die Dauer ihrer Amtszeit in den FDP-Vorstand zu kooptieren. Echte Familien sitzen eben doch an einem Tisch.

Begründung:

erfolgt ggf. Mündlich

Kreiskongress 2006.1 (02. Juni 2006):

Junge Liberale für Schuluniformen an öffentlichen Schulen

Die Jungen Liberalen Aachen Stadt sprechen sich für die Einführung von einheitlichen Schuluniformen an den öffentlichen Schulen im Land NRW aus.

Mehr Sicherheit am Steuer

Die Jungen Liberalen Aachen Stadt fordern die Einführung der Überprüfung der Führerscheintauglichkeit im Laufe des Fahrlebens aller Fahrzeugführer durch die Einführung regelmäßiger Überprüfungen der Fahrtüchtigkeit, der Kenntnisse der StvO sowie die Auffrischung der Sofortmaßnahmen am Unfallort, jeweils im Abstand von 5 Jahren.

Diesen Pflichten muß durch geeignete Maßnahmen im Falle einer Versäumnis Nachdruck verliehen werden.

Eine viertel Million Stadtkämmerer

Meckern allein reicht nicht. Politikverdrossenheit beklagen auch nicht. Die Jungen Liberalen Aachen fordern daher die Stadt Aachen auf, die Bürger aktiv an der Gestaltung des Kernelements städtischer Selbstverwaltung zu beteiligen: dem Haushalt.

Die Stadt Aachen soll dazu ein Internetportal (unter einer eingängigen Adresse) einrichten, welches es jedem Bürger mit Erstwohnsitz in Aachen (Öcher) erlaubt, einen Etat und Zielvorgaben für das Jahr 2016 zu erstellen. Die Ergebnisse soll die Stadt Aachen in die Finanzplanung für das Jahr 2007/08 einbeziehen.

20 Millionen Finanzminister

Meckern allein reicht nicht. Politikverdrossenheit beklagen auch nicht. Die Jungen Liberalen fordern daher die Landesregierung NRW auf, die Bürger aktiv an der Gestaltung des Kernelements regionaler Selbstverwaltung zu beteiligen: dem Haushalt.

Das Land NRW soll dazu ein Internetportal (unter einer eingängigen Adresse) einrichten, welches es jedem Bürger mit Erstwohnsitz zwischen Rhein und Weser erlaubt, einen Etat und Zielvorgaben für das Jahr 2016 zu erstellen. Die Ergebnisse soll das Finanzministerium in die Finanzplanung für das Jahr 2007/08 einbeziehen.

Kommunaler Ausgaben-TÜV

Zur Konsolidierung eines desolaten kommunalen Haushalts reicht es nicht aus, immer nur bei Jugend, Kultur und Sport zu kürzen. Manchmal muß eine Verwaltung auch ungewöhnliche Wege einschlagen und auf Einnahmen verzichten. Im Klartext: Bestehende Verwaltungsaufgaben (beispielsweise zur Eintreibung von Zweitwohnsitz- oder Hundesteuer) zur Einnahmensteigerung sind darauf zu prüfen, ob ihre Realisierung nicht nur die Kosten deckt, sondern in deutlichem Maße zur Erhöhung der Einnahmenseite beiträgt. Fällt die Bilanz nur knapp positiv oder gar negativ aus, ist auf die Umsetzung dieser "Einnahmen" mit sofortiger Wirkung zu verzichten. Das somit von diesen unnützen Aufgaben entlastete Personal kann sich dann den Aufgaben widmen, die deutlicher zu einer positiven Bilanz beitragen. Ebenso sind zukünftige Beschlüsse des Rates einer Kosten-Nutzen-Rechnung zu unterziehen, damit blinder Aktionismus der politischen Kaste keine Chance hat und Ausgaben der Verwaltung der Stadt Aachen auch deutliche Einnahmen nach sich ziehen.

Ausstieg vom Ausstieg – für einen sinnvollen Strommix!

In Anbetracht des stetig wachsenden Strombedarfs (z.Z. weltweit etwa 15.500 Mrd. kWh; Prognose für das Jahr 2020 etwa 27.000 kWh) und steigenden Kosten, kann eine Ökonomie wie die BRD nicht auf die Kernkraft verzichten! Montanindustrie und Schwerindustrie können bei den heutigen Preisen nicht mehr im Land gehalten werden, auch die privaten Haushalte werden überproportional stark belastet, deswegen ist es unumgänglich auch weiterhin die Kernkraft als eine zentrale Säule der Strombereitstellung zu behalten!

Die Laufzeiten sollen auf ein, den Anlagen entsprechende Lebensdauer, angehoben werden und auch Neubauten von hochmodernen EPR-Anlagen (European Pressurized Water Reactor - ein neuer Kernreakortyp basierend auf dem Model eines Druckwasserreaktors) dürfen kein Tabu mehr sein.

Aus den beträchtlichen Gewinnen der Stromerzeuger soll ein Fonds aufgelegt werden, aus dem:

- die Erschließung von Endlagern
 - wirtschaftliche Weiterentwicklung von Solarenergie
 - die wissenschaftliche und technologische Weiterentwicklung der Thermonuklearen Fusion
- finanziert werden soll.
-

Nie mehr 2. Liga

Die JuLis Aachen gratulieren dem TSV Alemannia Aachen zum erfolgreichen 2. Aufstieg in die 1. Bundesliga. Vor 36 Jahren gelang der Alemannia das letzte Mal dieses Kunststück. Kein aktiver JuLi hat den damaligen Aufstiegstrubel miterleben dürfen, da das Höchstalter für eine JuLi-Mitgliedschaft derzeit 35 Jahre beträgt

Für dieses Erlebnis danken die JuLis der Alemannia!

Darüber hinaus fordern die JuLis den TSV auf es anders als der 1. FC Köln zu machen – und sich dauerhaft im Oberhaus zu etablieren.

Aachen hat erstklassige Fans, jetzt ist es auch der Fußball geworden und muss es bleiben.

Beitragsordnungsänderung

§ 3 Mitgliedsbeiträge

(1) Bei Erwerb der Mitgliedschaft verpflichtet sich jedes Mitglied, mindestens den vom

Kreiskongress festgelegten Mitgliedsbetrag zu entrichten. Der Beitrag wird fällig ab dem ersten vollen Monat der Mitgliedschaft.

(2) Der Beitragserhebung liegt folgende Staffel zugrunde:

Beitragsklasse a: Beitragsfreie Mitgliedschaft

Beitragsklasse b: mind. 2 EUR / Monat (Jahresbeitrag: mind. 24 EUR)

Beitragsklasse c: mind. 3 EUR / Monat (Jahresbeitrag: mind. 36 EUR)

(3) Die Einordnung der Mitglieder wird nach folgenden Kriterien vollzogen:

Beitragsklasse a: Schüler

Beitragsklasse b: Wehr-/Ersatzdienstleistende, Auszubild., Arbeitslose, Studenten

Beitragsklasse c: Berufstätige

Kreiskongress 2006.2 (10. Dezember 2006):

RPJ - Haushaltsposten

Der Rat der Stadt Aachen möge im neuen Haushalt einen Etatposten für die Arbeit des RPJ Aachen zur Verfügung stellen, welcher sich an den ehemaligen Haushaltsposten des RPJ Aachen orientiert.

Begr.:

Der RPJ Aachen, als Verbund der Aachener Parteijugend, hat sich zu Beginn des Jahres 2006 wiedergegründet. Seit diesem Zeitpunkt fanden mehrere Treffen statt und verschiedene Projekte wurden ins Rollen gebracht. Wirklich realisierbar sind manche Projekte jedoch nur bei entsprechender finanzieller Ausstattung.

Gerade die Studien der letzten Monate zeugen von einer zunehmenden Politikverdrossenheit und einem Erstarken politisch-extremer Subkulturen. Es ist wichtig dieser Entwicklung entgegenzusteuern.

Der RPJ kann Jugendliche direkt und parteiübergreifend ansprechen und für jugendpolitische Belange sensibilisieren. Eine Wiederaufnahme des Etatposten RPJ in den neuen Haushalt ist aus unserer Sicht zu befürworten.

JuLis Aachen gegen Regulierungswut

Die Jungen Liberalen Aachen Stadt sprechen sich gegen die Verbotsvorschläge von Killerspielen des Bayerischen Innenministers aus. In Günther Becksteins Gesetzentwurf heißt es: "Wer Computerspiele, die es den Spielern als Haupt- oder Nebenzweck ermöglichen, eine grausame oder die Menschenwürde verletzende Gewalttätigkeit gegen Menschen oder menschenähnliche Wesen auszuüben, verbreitet, [...] herstellt, bezieht, liefert [...], wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft"

Begr.

Das Strafgesetzbuch gewährleistet mit dem §131 StGB den notwendigen Schutz vor sog. Killerspielen. Es besteht keine Strafbarkeitslücke.

Seit der Gesetzesänderung 2004 kann wirksam gegen die Verbreitung von Killerspielen vorgegangen werden. Voraussetzung ist, dass die Spiele grausame Gewalttätigkeiten verherrlichend darstellen. Aktuelle Forderungen der Minister Beckstein und Schünemann bringen keinen strafrechtlichen Mehrwert und leider bleiben viel wichtigeren Fragen ungestellt: "Wie kam der Täter an echte Waffen? Wie konnte dieser junge Mensch einen solchen Hass entwickeln? Welche Sensoren und Frühwarnsysteme brauchen wir, um gefährdete Jugendliche aus sozialer Isolation herauszuholen?"

Für Kammern in Freiheit

Die FDP im Kreisverband Aachen-Stadt möge beschließen:

Öffentlich-rechtlich organisierte Industrie- und Handelskammern haben in der Nachkriegsgeschichte einen wichtigen Beitrag geleistet. Auch heute sind die Kammern ein wichtiger Bestandteil des Wirtschaftslebens. Ihre öffentlich-rechtliche Organisationsform, die vor allem mit einer Pflichtmitgliedschaft für alle Gewerbetreibenden verbunden ist, ist jedoch nicht mehr zeitgemäß.

Die FDP im Kreisverband Aachen-Stadt setzt sich daher für Kammern in Freiheit ein:

- Die Industrie- und Handelskammern sollen in ihrer öffentlich-rechtlich organisierten Form durch ein Bundesgesetz aufgelöst werden.
- Stattdessen können sich privatrechtlich organisierte Vereine gründen, die sich durch eine Akkreditierung als Kammerverein (auch IHK e.V.) staatlich anerkennen lassen können.

Die auf Freiwilligkeit und Privatrecht basierenden Kammervereine sind in der liberalen Bürgergesellschaft ein mustergültiges Beispiel für gelebtes Engagement mit einem Bewusstsein für gemeinsame Verantwortung. Ohne eine Pflichtmitgliedschaft können Industrie- und Handelskammern durch eine verstärkte Mitgliederorientierung und ein Wiederentdecken des „Wir-Gefühls“ ihre Tradition zur Unterstützung und Gestaltung des regionalen Wirtschaftslebens fortsetzen. Dass Kammern nicht zwingend öffentlich rechtlich organisiert werden müssen, sondern sich auch privatrechtlich organisieren können, zeigt sich auch im Vergleich innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

In den Vereinen besteht keine Zwangsmitgliedschaft und somit auch keine Pflicht zur Zahlung von Zwangsbeiträgen. Diese Freiwilligkeit der Mitgliedschaft trägt nicht nur der grundgesetzlich geforderten Vereinigungsfreiheit Rechnung. Sie löst auch das aktuelle Problem der Doppelmitgliedschaften vieler Unternehmen. Diese Unternehmen können sich in Zukunft dort engagieren, wo das Engagement aus ihrer Sicht den meisten Sinn ergibt.

Akkreditierte Kammern können in einigen wenigen Bereichen vom Staat mit bestimmten Aufgaben beliehen werden, so die Erfüllung dieser Aufgaben hoheitliche Befugnisse voraussetzt. Aufgaben, die durch beliehene, privatrechtliche Vereine ausgeführt werden, können mit höherem Sachverstand und näher an den Betroffenen ausgeführt werden, als dies in der staatlichen Verwaltung möglich ist. Dies folgt dem liberalen Credo „mehr Privat und weniger Staat“.